



Rückkehr der Mönche

Russlands Orthodoxie feierte die Epoche der zweiten Taufe. Seite 3

Foto: Ulrich Heyden

Hüte dich vor Nachbarn!

Ein Fallada-Roman voller Mitläufer auf der Dresdner Bühne. Seite 15

Stabwechsel in Berlin

Katina Schubert ist neue Landeschefin der LINKEN in der Hauptstadt. Die 54-Jährige folgt auf Klaus Lederer, der zuvor in den Senat gewechselt war. Seite 11



Foto: imago/jens Jeske

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 12. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 290

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Immer noch lohngrenzwertig

Fabian Lambeck über Zahlen, die auf den ersten Blick überraschen

Nanu! Jeder fünfte Bundesbürger schuftet zu einem Niedriglohn? Die Meldung überrascht, hatte man doch den Eindruck, dass sich die Lage seit Einführung des Mindestlohnes deutlich gebessert haben müsse. Ein genauer Blick auf die Zahlen, die LINKEN-Fraktionsvize Klaus Ernst im Bundesarbeitsministerium erfragt hatte, könnte beruhigen, stammen diese doch aus dem Jahre 2014 und wurden vor der Festsetzung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze erhoben. Sind die Zahlen also veraltet? Gibt es heute deutlich weniger Niedriglöhner?

Möglich, aber unwahrscheinlich. Denn die Lohnuntergrenze ist mit 8,50 Euro viel zu niedrig angesetzt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), beileibe keine Lobbyorganisation für Arbeitnehmerrechte, setzt die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des mittleren Lohns an. Hierzulande liegt die Schwelle demnach bei rund 10 Euro.

Wer also ernsthaft beabsichtigt, Arbeitnehmer aus dem Niedriglohnsektor zu holen, der muss die Untergrenze entsprechend anheben. In Deutschland ist die Festsetzung des Mindestlohnes Sache einer Kommission, in der Arbeitnehmervertreter und Arbeitgeber sitzen. Dieses Gremium hat sich darauf verständigt, dass der Mindestlohn 2017 auf 8,84 Euro steigen soll. Die Betroffenen werden sich über die zusätzlichen Euros freuen, aber Einkommens- und Altersarmut verhindert dieser Mindestlohn nicht. Er ist und bleibt eben lohngrenzwertig.

UNTEN LINKS

Überraschungsgast beim Jobcenter: Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel schaute vor dem 3. Advent bei der Behörde in Berlin-Neukölln vorbei, wo ihn Langzeitarbeitslose spontan bejubelten. »Das haben wir gut hingeschaukelt, frohe Weihnachten. Ende gut, alles gut«, rief der SPD-Vorsitzende jenen zu, die nach Jahren der Lohnarbeit auf dem weichen Polster von Hartz IV gelandet sind. Der Leiter des Jobcenters dankte Gabriel für den »riskanten Einsatz« seiner Partei, die das Arbeitslosengeld II möglich gemacht und den Jobcenterkunden auch eine Art Beschäftigungstherapie verschafft habe. Gabriel betonte, er persönlich sei gar kein Risiko eingegangen. Allerdings sei Hartz IV eine Chance gewesen zu zeigen, dass Politik nicht abgehoben sei. »Man muss sich in der Politik berühren lassen vom Schicksal anderer Menschen«, meinte Gabriel. +++ ACHTUNG: Verwenden Sie diese Nachricht nicht / Besuch bei Kaiser's Tengemann statt Jobcenter / Neue Nachricht folgt +++ rst

Kinderrechte ins Grundgesetz!

70 Jahre UNICEF: Hilfswerk fordert politischere Arbeit für Kinder



In einem Flüchtlingslager in Jordanien, nahe der syrischen Grenze

Foto: Reuters/Muhammad Hamed

Berlin. Allein in Syrien sind sechs Millionen Kinder auf humanitäre Hilfe angewiesen, 500 000, die sich in belagerten Städten befinden, haben jedoch derzeit nicht einmal eine Chance auf das Nötigste. UNICEF dokumentierte für dieses Jahr 84 teils gezielte Angriffe auf Schulen im syrischen Krieg. Jedes vierte Kind weltweit lebe in einer Kriegs- oder Katastrophenregion, das seien 535 Millionen Mädchen und Jungen, teilte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen anlässlich seines 70-jährigen Bestehens mit. 28 Millionen Kinder und Jugendliche befänden sich deshalb auf der Flucht. Feierstimmung will da nicht auf-

kommen. Zwar sei es gelungen, die Kindersterblichkeit seit 1990 zu halbieren und hunderte Millionen Kinder aus der Armut herauszuholen, doch würden diese Fortschritte durch Konflikte, Naturkatastrophen sowie Armut und Ungleichheit untergraben. »Die Aufgabe, die Rechte von Kindern in Konflikten zu schützen, ist heute drängender denn je«, sagte der Pressesprecher von UNICEF Deutschland, Rudi Tarneden, im nd-Gepräch.

Während bei der Gründung des Hilfswerks am 11. Dezember 1946 die Nothilfe für Kinder von Freund wie Feind nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges im Vorder-

grund stand, geht es heutzutage ebenso um die langfristige Entwicklungszusammenarbeit für eine generelle Verbesserung von Gesundheit und Bildung der Kinder überall auf der Welt. Auch für Deutschland sieht Tarneden Handlungsbedarf. »Die Arbeit für Kinder muss politischer werden«, sagt er und fordert, Kinderrechte im Grundgesetz festzuschreiben. Das Bekenntnis zu dieser Verantwortung hätte auch praktische Konsequenzen: Der Politik würde in viel stärkerem Maße die Bewertung abverlangt, ob Entscheidungen »dem Wohl von Kindern schaden, nützen oder neutral sind«. rst

Seite 2

Bombenterror erschüttert wieder Istanbul

Kurdische Extremistengruppe bekennt sich zu Anschlägen auf Sicherheitskräfte mit 38 Toten

Die Türkei ist erneut von schweren Anschlägen erschüttert worden: Bei zwei Explosionen in Istanbul starben 38 Menschen, die meisten von ihnen Polizisten.

Istanbul. Eine kurdische Extremistengruppe hat sich zu den beiden Anschlägen auf die Polizei in Istanbul bekannt, bei denen 38 Menschen getötet wurden. Die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) hätten die Verantwortung für den Doppelschlag von Samstagabend übernommen, meldete am Sonntag die Nachrichtenagentur Firat, die den kurdischen Rebellen nahesteht. Demnach führten zwei TAK-Selbstmordattentäter die Anschläge nahe dem Stadion von Besiktas aus.

Die TAK gilt als radikale Abspaltung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Sie bekannte sich im vergangenen Jahr wiederholt zu Anschlägen auf die Sicherheitskräfte in Istanbul, Ankara und anderen Städten. Allerdings

ist umstritten, wie weit die TAK mit der PKK verbunden ist. Seit dem Zusammenbruch eines zweijährigen Waffenstillstands im Sommer 2015 liefern sich die PKK und die türkischen Sicherheitskräfte erneut erbitterte Kämpfe im Südosten des Landes.

Nach Angaben von Innenminister Süleyman Soylu explodierte nach dem Ende eines Fußballspiels zwischen den türkischen Erstligaklubs Besiktas und Bursaspor um 22.29 Uhr (20.29 Uhr MEZ) eine Autobombe vor dem Besiktas-Stadion. Der Anschlag galt demnach einem Bus mit Polizisten, die das Fußballspiel absicherten. 45 Sekunden später habe sich im angrenzenden Macka-Park ein Attentäter inmitten einer Gruppe von Polizisten gesprengt.

Unter den Opfern waren sieben Zivilisten, einer der Toten konnte zunächst nicht identifiziert werden. Mehr als 150 Menschen wurden verletzt. Fernbilder zeigten schwer beschädigte

Polizeifahrzeuge sowie ein brennendes Auto und mehrere Rettungswagen.

Die Polizei riegelte das gesamte Gebiet rund um das Stadion ab, das im zentralen Stadtteil Besiktas im europäischen Teil der Met-

»Wir werden die Geißel des Terrorismus bis zum Ende bekämpfen.«

Präsident Erdogan

ropole Istanbul liegt. Die Gegend zwischen Taksim-Platz und einstigem Sultanspalast Dolmabahce ist bei Touristen sehr beliebt.

Präsident Recep Tayyip Erdogan sprach von einem »Terrorakt«, der möglichst viele Opfer verursachen sollte. Er kündigte eine entschlossene Reaktion seiner Regierung an. »Meine Nation

und mein Volk können sich sicher sein: Wir werden die Geißel des Terrorismus bis zum Ende bekämpfen«, sagte Erdogan am Sonntag vor der Presse in Istanbul. Die Attentäter würden »einen hohen Preis zahlen«.

Bereits vor dem Bekenntnis der kurdischen Extremistengruppe TAK machte die Regierung die PKK für die Anschläge verantwortlich. Es bestehe »kaum ein Zweifel daran«, dass die Kurdenrebellen hinter dem Doppelschlag stünden, sagte Regierungschef Binali Yildirim. 13 Verdächtige wurden laut Innenministerium festgenommen. Yildirim ordnete für Sonntag eine eintägige Staatstrauer an.

Die Attentate erfolgten wenige Stunden, nachdem die regierende AKP ihren hoch umstrittenen Entwurf für eine Verfassungsreform ins Parlament eingebracht hatte, mit der die Befugnisse des Präsidenten deutlich ausgeweitet werden sollen. Agenturen/nd

Gentiloni wird Italiens Premier

Regierungskrise damit beigelegt

Rom. Die Regierungskrise in Italien ist mit der Ernennung eines Nachfolgers von Ministerpräsident Matteo Renzi beigelegt. Staatspräsident Sergio Mattarella beauftragte den bisherigen Außenminister Paolo Gentiloni am Sonntag nach 48-stündigen Sondierungsgesprächen mit der Bildung einer neuen Regierung.

Der 62 Jahre alte Sozialdemokrat muss nun eine Liste von Ministern zusammenstellen und zur Vereidigung zu Mattarella zurückkehren. Dann müssen beide Parlamentskammern Gentiloni in einem Vertrauensvotum bestätigen, was als gesetzt gilt. Das Prozedere dürfte innerhalb weniger Tage abgeschlossen sein.

»Ich bin mir der Dringlichkeit bewusst, Italien eine Regierung in ihrer vollen Stärke zu geben, um unsere Mitbürger zu beruhigen und um mit der größten Verbindlichkeit, der größten Entschlossenheit den internationalen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu begegnen«, sagte Gentiloni nach dem Treffen mit Mattarella im Quirinalspalast in Rom. dpa/nd

Seite 7

Schlachten um Aleppo und Palmyra

Von der Leyen: nur politische Lösung

Berlin. Trotz der dramatischen Lage in Aleppo lehnt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ein militärisches Eingreifen in die Schlacht um die syrische Stadt ab. »Wenn es eine realistische Chance geben würde, Assad mit militärischen Mitteln zu stoppen, ohne einen noch viel größeren Krieg zu riskieren, würde die Weltgemeinschaft das machen«, sagte sie der »Bild«-Zeitung von Montag. »Die Gemengelage in Syrien ist ein Pulverfass, ein falscher Funke und die Welt steht in Flammen«, sagte von der Leyen. Es gebe keine militärische, sondern nur eine politische Lösung für Syrien.

Die Regierungstruppen hatten Mitte November eine Großoffensive auf Aleppo gestartet. Sie eroberten mehr als 85 Prozent des Ostteils der Stadt von den bewaffneten Rebellen zurück. Auch am Wochenende wurden fortgesetzte Kämpfe gemeldet. Zur Situation in Palmyra berichtete das IS-Sprachrohr Amaq, die Dschihadisten hätten die antike Wüstenstadt wieder vollständig unter ihrer Kontrolle. Sie waren am Samstag zum Rückzug gezwungen worden. Agenturen/nd

Rund jeder Fünfte mit Niedriglohn

Im Osten verdient sogar mehr als jeder Dritte weniger als zehn Euro

Berlin. Etwa jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedrigstundenlohn von weniger als zehn Euro, im Osten sogar mehr als jeder dritte. 2014 lag die Niedriglohnquote in den neuen Bundesländern bei 34,5 Prozent aller Beschäftigten, in den alten Ländern einschließlich Berlin bei 19,3 Prozent, wie die Funke-Mediengruppe unter Berufung auf Daten aus dem Arbeitsministerium berichteten. Die Zahlen hatte demnach der Linksfraktionsvize Klaus Ernst von der Bundesregierung angefordert. Die geringste Niedriglohnquote weist mit 15,5 Prozent Hamburg aus. Die höchste wurde mit 35,5 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet, gefolgt von den übrigen ostdeutschen Ländern mit jeweils mehr als 33 Prozent.

Wie die Bundesregierung dem Bericht zufolge in ihrer Antwort an die LINKE mitteilt, lag die Niedriglohnschwelle nach der jüngsten Verdiensterhebung im Jahr 2014 bei zehn Euro Bruttostundenlohn beziehungsweise 1993 Euro Monatslohn für einen Vollzeitbeschäftigten. AFP/nd

ISSN 0323-3375

